



Gewaltprävention in einem politischen

Thomas Hoppe

Das Bischofswort „Gerechter Friede“

Der Anschlag vom 11. September 2001 machte auf bisher nicht gekannte Weise die Verwundbarkeit hochindustrialisierter Gesellschaften durch terroristische Gewaltanwendung deutlich. Für die amerikanische Außenpolitik stellt sich seitdem die Minimierung der Gefahr von terroristischen Anschlägen oder militärischen Angriffen mit Massenvernichtungswaffen als eine Aufgabe höchster Priorität dar. Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002 proklamiert, dass die Vereinigten Staaten gegen aufkommende Bedrohungen „präemptiv“ vorgehen würden, bevor sie voll ausgeprägt sind – ggf. auch mit Gewalt. Doch in dieser Auslegung des Selbstverteidigungsrechts verwischt der Text zugleich die wesentliche Differenz, die zwischen präemptiven und präventiven Militäreinsätzen liegt.

Gefährliche Begriffserweiterung

Mit dem Begriff „präemptiv“ wird ein Vorgehen bezeichnet, das in einen unmittelbar bevorstehenden oder bereits begonnenen gegnerischen Angriff gewissermaßen „hineinläuft“ und nur noch dessen Folgen für den Angegriffenen abzumildern sucht. Eine solche Handlungsweise ist nicht von vornherein völkerrechtswidrig – im Unterschied zu präventiver Gewaltanwendung, die einer erst künftig möglicherweise bedrohlichen Situation vorzubeugen sucht. Der Präemptionsbegriff der Nationalen Sicherheitsstrategie erweist sich jedoch als so stark erweitert, dass er der Sache nach präventive Gewaltanwendung mit umfasst. Dabei lässt das Dokument selbst erkennen, dass den Autoren die Verfänglichkeit dieser Definition bewusst ist. Sie warnen andere Staaten davor, sich missbräuchlich auf Präemptionsinteressen zu berufen, um tatsächlichen Aggressionen den Anschein völkerrechtlicher Legitimität zu geben. Die kirchlichen Positionen

bestimmungen im jüngsten Irakkonflikt, in denen wiederholt auf die völkerrechtliche wie ethische Unzulässigkeit von Präventivkriegen hingewiesen wurde, trafen daher ins Zentrum der aktuellen Problematik: Neue Formen terroristischer Gewaltanwendung – vermittelt über mehrere Zwischenstufen von Aktion und Reaktion, in denen militärische Präventionsüberlegungen eine zunehmende Rolle spielen – drohen letztlich das bisherige völkerrechtliche Friedenssicherungssystem mitsamt seinem allseits verbindlichen Gewaltverbot zum Einsturz zu bringen.

Nähe und Differenz zum Bischofswort

Andererseits zeigt ein Vergleich mit der „Grundphilosophie“ der amerikanischen Sicherheitsstrategie, dass das Konzept der Gewaltprävention, wie es die deutschen Bischöfe in ihrer Denkschrift „Gerechter Friede“ (September 2000) ausarbeiteten, unverändert aktuell und weithin konsensfähig ist. Geteilt wird ein Sicherheitsbegriff, der wirtschafts-, entwicklungs- und sozialpolitische sowie ökologische Dimensionen einbezieht und so den Horizont traditioneller außen- und militärpolitischer Reflexion überschreitet. Einvernehmen herrscht über den zentralen Stellenwert, der dem Schutz der Menschenwürde und der Durchsetzung von Menschenrechten zukommen muss. Auch in der US-Sicherheitsstrategie wird daher solchen Überlegungen breiter Raum gewidmet, die auf das Ausschöpfen der großen Bandbreite an nichtmilitärischen Gestaltungsoptionen in der internationalen Politik gerichtet sind.

Differenzen zwischen beiden Dokumenten liegen dagegen vor allem im Stellenwert, der militärischen Mitteln zugesprochen wird. „Gerechter Friede“ hebt die Gefahren hervor, die mit dem Griff zur Gewalt selbst dann verbunden sind, wenn diese in völkerrechtlich legitimer Weise eingesetzt wird: „Ein ethisches Kernproblem jedes bewaffneten Konflikts liegt ... darin, dass er eine Eigendynamik freisetzen

und deshalb nur allzu leicht in einem Übermaß an Gewalteinsatz enden kann“ (GF 151). Der generelle Vorbehalt gegen Gewaltanwendung wird hier unter Verweis auf konkrete, immer neu bestätigte Erfahrungen in Handlungszusammenhängen organisierter Gewalt näher präzisiert. Welche Alternativen aber eröffnen sich, jene sicherheitspolitischen Probleme zu bearbeiten, die dem erweiterten Präemptionsbegriff auf den ersten Blick den Anschein des Plausiblen verleihen?

Der Reiz des Hegemonialen

Friedenssichernde Strukturen im internationalen System müssen schwach bleiben, solange „gerade die starken Länder oder Bündnisse dazu neigen, sich eher auf die eigene Kraft als auf die Leistungsfähigkeit internationaler Institutionen zu verlassen“ (GF 102f.). Deswegen sollte das gegebene System multilateraler Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen nicht zugunsten unilateraler Handlungsmöglichkeiten der bis auf weiteres stärksten politischen und militärischen Macht relativiert werden. Trotz aller Unzulänglichkeiten ist dieses System der bislang überzeugendste Versuch, insbesondere in Entscheidungen über Krieg und Frieden das Wohl der gesamten Völkergemeinschaft hinreichend zur Geltung zu bringen. Zwar bedeutet es für die USA eine enorme Versuchung, weltweit ordnungspolitische Aufgaben im Selbstverständnis eines „wohlwollenden Hegemons“ zu übernehmen. Diese Selbstwahrnehmung mag das eigene Handeln durchaus unter dem Anspruch sehen, gewissermaßen subsidiär menscheitsweite Gesamtinteressen zu befördern. Ihre Problematik wird erst deutlich, wenn man sie mit den Augen derer zu betrachten versucht, die von der daraus folgenden Politik betroffen sind: Sie werden den Anspruch auf eine derartige Suprematie bestreiten, ja ihn womöglich als Ausdruck von Arroganz verstehen und mit tiefem Ressentiment darauf reagieren. Eine kluge Wahrnehmung von Macht würde sich da-

veränderten Umfeld

bleibt aktuell



Foto: privat

her durch den um Empathie und Respekt vor den legitimen Interessen Dritter bemühten, zurückhaltenden Umgang mit Instrumenten faktischer Macht auszeichnen. Sie ließe sich daran ablesen, wie weit nationalstaatliches Handeln gerade im Gebiet der Sicherheitspolitik auf internationale Zustimmungsfähigkeit durch die verregelte Kooperation in autorisierten Institutionen der Staatengemeinschaft bedacht bleibt.

Kontrollinstrumente dringend nötig

Im Hinblick auf die dringliche Problematik der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln (Proliferation) gilt es zunächst alles zu vermeiden, was zu weiteren Anreizen in dieser Richtung führt. Unter diesem Gesichtspunkt könnte sich der Irak-Krieg als kontraproduktiv erweisen: Etliche Staaten werden den Schluss ziehen, nur durch rasche eigene Aufrüstung mit Massenvernichtungsmitteln seien sie vor präventiven Interventionen Dritter wirksam geschützt. Proliferationsgefahren resultieren jedoch auch aus einer unzureichenden Kontrolle vor allem über große Bestände an taktischen Kernwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Konkrete Schritte zur Eindämmung dieser Risiken müssten auf ein möglichst umfassendes Überwachungssystem für nukleare, biologische und chemische Waffen, ihr Komponentenmaterial und ihre Technologie gerichtet sein. Zum zweiten lässt sich der Proliferation entgegenwirken, indem regionale Sicherheitsstrukturen geschaffen werden, die Rüstungswettläufe mit solchen Waffen entwerfen. Am weiterhin schwelenden Kon-

flikt zwischen den Atommächten Indien und Pakistan, am Fall Nordkorea sowie an der sich zuspitzenden Krise um das Atomprogramm des Iran werden die Konsequenzen sichtbar, die ein Fehlen derartiger Strukturen nach sich zieht.

Kirchliche Lobbyarbeit muss weitergehen

Die Gefahren von Terrorismus werden sich letztlich nur dadurch verringern lassen, dass den primären Verursachungsfaktoren für politische Gewalt entgegen gewirkt wird. Hass und Gewalt gedeihen besonders dort, wo Menschen in großer Zahl in Armut und Elend leben, sich entwurzelt und gedemütigt fühlen, keine Perspektive für ihre Zukunft erkennen und erfahren müssen, dass elementare Persönlichkeitsrechte ständig verletzt werden. Die Arbeit an längerfristig tragfähigen Korrekturen defizitärer politischer und sozialer Systeme wird nicht nur ein intensives Zusammenwirken gerade zwischen Europa und den USA erfordern – sie braucht auch eine Lobby, die ihre Bedeutung gegen die Zufälligkeiten politischer Themenkonjunkturen im Bewusstsein hält. Kirchenleitungen und kirchliche Friedensbewegung konnten während des Irak-Krieges vieles Wichtige gemeinsam sagen; sie sollten daran anknüpfen, indem sie auch künftig eben diese Lobbyarbeit zu ihrer Sache machen. ■

Prof. Dr. Thomas Hoppe, Jahrgang 1956, lehrt katholische Sozialethik an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Er ist Moderator für den Sachbereich Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax und Mitglied der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz.

Interview mit Konrad Raiser zur Situation nach dem „erfolgreichen“ Irakkrieg

Wie geht die Friedensbewegung mit dem vermeintlichen erfolgreichen Verlauf des Irakkriegs um, wie ihn die Medien weltweit verkaufen. Waren die Kriegswarnung falsch, weil die erwartete „humanitäre Katastrophe ausgeblieben ist? Hat nicht das irakische Volk die Freiheit von einem brutalen Diktator gewonnen?

Häufig gestellte Fragen an die Friedensbewegung, mit denen sich Konrad Raiser, scheidender Generalsekretär des World Council of Churches, in einem Interview kritisch auseinandersetzt. Der vollständige englische Text kann als Datei oder Kopie bezogen werden über das pax christi-Sekretariat in Bad Vilbel. ●



Sehr geehrter Herr Dr. Voß!

Ich beziehe Pax-Christi-Zeitschrift der deutschen Sektion seit fast 21 Jahren. Ich habe die zweite Nummer von Juni 2003, wie die erste Nummer, dankend erhalten. Ich habe mich gefreut, wieder von Ihnen zu hören. Die anregenden Beiträge in dieser Nummer lassen sich lesen, obwohl ich kein guter Leser und Beobachter der politischen Szene in Ihrer Heimat bin.

Ich möchte nun meine Stellung zu Ihrem Einleitungsartikel „Liebe Freundinnen und Freunde der Pax-Christi“ und zu Ihren Auszügen aus Ihrem Rundschreiben zu Ostern 2003 „Kriege können nicht gewonnen werden, nur der Frieden“ nehmen. Die Geschichte des Menschen ist die Geschichte der Gewalt, und obwohl er eine unendliche Sehnsucht nach Liebe, Geborgenheit und Glück in sich trägt, greift der Mensch doch immer zuerst nach ihr, um seine Probleme zu „lösen“.

Der Fall von George W. Bush ist sehr extrem, aber nicht einmalig in der Geschichte des vorigen Jahrhunderts, die mit Blut, Vernichtung vieler Völker, Schandtaten gekennzeichnet war.

Gewalt ist ansteckend wie eine Epidemie. Schon immer war der Mensch von ihr fasziniert, und die Faszination schlug öfter in Nachahmung um als in Schrecken oder Abscheu. Jede Zeit und jede Gesellschaft schuf sich die schrecklichen Instrumente, um die unbekannten Gegner zu schänden, zu quälen, zu ermorden und zu töten.

„Es gilt Gerechtigkeit und Entwicklung zu fördern, aber diese nicht mit einer Politik der Stärke und des Militärs zu versprechen. Es gilt jetzt, nicht nachzulassen und sich Geist, Logik und Praxis des Krieges zu widersetzen“ haben Sie in Ihren Auszügen aus dem Rundschreiben zu Ostern 2003 geschrieben. Sie bestreiten also nicht, dass der Mensch dazu neigt und neigen soll, die Konflikte friedlich auszutragen. Sie hegen Hoffnung, dass die Menschen aus dem 3. Golfkrieg eine Lehre ziehen müssen, falls Sie es nicht vermögen, neue Kriege erleben zu dürfen.

Mein Trachten gilt wir auch Ihres dem Reich Gottes. Da brauchen wir einen Lehrer auf dem Weg dahin. Der Lehrer ist nur eins – Jesus Christus und seine Bergpredigt. Ich setze Hoffnung wie Sie auf die Welt ohne Waffen, auf die Welt mit Frieden, Liebe, Brüderlichkeit und Ehrfurcht vor den Menschen, die andere Werte haben, nicht unbedingt Christen sind, aber sie wollen auch in dem Frieden leben und Toleranz den anderen zeigen.

Einen erholsamen Sommer Ihnen und Ihren Nächsten
Ihr Andrzej Kolodziejczyk, Warschau